

Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Verantwortl. Schriftf. Dr. H. W. K. W. K.

Redaktion: Dresden, Hauptstr. 1208.

Abonnementpreis einschließlich Bringen monatlich 6,00 M., durch die Post monatlich 6,50 M., unter Preisband für Deutschland monatlich 6,00 M. Einzelnummer 20 Pf.

Schriftleitung: Zeitungsplatz 10. Tel. 25281. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Geschäftsstelle: Zeitungsplatz 10. Tel. 25281. Erscheinungstag von 7 Uhr morgens bis 5 Uhr nachm.

Anzeigenpreis: die 5 Zeilen lange Reklamereihe 2,00 M., 10 Zeilen lange Reklamereihe 3,50 M., die 5 Zeilen lange Reklamereihe 5,00 M. Bei mehrmaliger Abgabe Ermäßigung. Anzeigen sind im Voraus zu bezahlen. Ohne Gewährleistung für die Ausführung der Anzeigen. Bei Verweigerung der Abgabe zur Einzahlung an den Verleger zu zahlen. Bei Verweigerung der Abgabe zur Einzahlung an den Verleger zu zahlen.

Nr. 127

Dresden, Freitag den 3. Juni 1921

32. Jahrg.

Um die Gewerbesteuer

In zweieinhalbständigen Beratungen beschäftigte sich am Montag mit der Gewerbesteuerreform. Sie aus den Ausführungen des Finanzministers ergab es sich neue — aus der gegenwärtigen Finanznot heraus — und außerdem den Ländern nun als Pflichtaufgabe vorgeschrieben worden. Im Ablehnungsfalle wären von Seite wohl Repressalien zu erwarten, die vor allem finanziell zu spüren sein würden. Daß die Vorlage eine Schwerkraft gewesen und schon als Schmerzenskind im Reich gekommen ist, ergab sich sowohl aus den einleitenden Darlegungen des Finanzministers wie aus der Zustimmung im Landtage. Offenbar haben sich schon in der Beratung bei der Ausarbeitung der Vorlage manche Schwierigkeiten ergeben. Solche bestanden für Sachsen demnach in besonderer Weise, weil hier seitlich die erheblichen Betriebe einer Vorauszahlung noch nicht unterworfen waren. Alle dahin zielenden Versuche sind gescheitert.

Überhaupt ist 1831 unter dem damaligen Finanzminister v. Jeschau bereits eine Gewerbe- und Personalsteuer eingeführt worden. Die aber hatte mit der letzten Steuer für die in Gewerbetrieben tätigen Personen. Aber ist sie zwar mehrfach geändert worden, schließlich aber in der Einkommensteuer aufgegangen. Ein der etwa 20 Jahren unternommener Versuch, auch in Sachsen die Gewerbesteuer nach dem Muster anderer Staaten besonders zu gestalten, ist mißlungen und als solcher am Widerstand der Kommunen gescheitert. In anderen Staaten bestand aber die Gewerbesteuer bereits. Dafür war bei ihnen die Einkommensteuer nicht so ausgebaut wie in Sachsen. Die Staaten haben mit nötig, ihre Gewerbesteuer zu modernisieren und etwas mehr anzulegen, ihnen ist die Haupterwerbseinkommenquelle verblieben. Sachsen ist diese mit der Einkommensteuer weggenommen worden. Die Einführung der Gewerbesteuer wird als völlige Neuordnung angesehen und demgemäß auch behandelt. Tatsächlich aber handelte es sich auch nur um eine etwas unmerkliche Ausgleitung. Denn wenn wir die Gewerbesteuer haben, werden bei uns in Sachsen ungefähr dieselben Verhältnisse bestehen wie in anderen Ländern. Wenn ist der Vorteil einer mächtigen Einkommenbelastung, die die Reichseinkommensteuer entmündet worden, so daß jetzt die Einkommen in derselben Weise belastet werden wie bei uns, während wir die Gewerbe vorbelastet haben, die hier im Gegensatz zu den anderen deutschen Ländern ziemlich frei waren.

Die geistigen Beratungen im Landtage durchzuführen das Bedenken, es würde die Folge dieser Steuer eine Erhöhung der Preise für Lebensmittel und Bedarfsgegenstände sein, da mit einer Abwälzung gerechnet werden muß. Die Theorie ist das gewiß richtig; zweifelhaft bleibt aber, ob diese Abwälzung bei den heutigen Preishöhen überhaupt sichtbar wird. Manche Wünsche, die auch von bürgerlichen Kreisen geäußert wurden, sind gewiß beachtlich. So wird angestrebt werden müssen, die freien Berufe und die kleinen Gewerbetreibenden vor Härten zu schützen und eine wirtschaftliche Entwicklung nachteilige Belastung zu vermeiden. Diese Gefahr ist um so größer, je mehr die Einkommensteuerlasten angezogen werden wird. Es wird untersucht werden müssen, ob man, was geltend von der Seite gefordert wurde, den eigenen Arbeitnehmern des Betriebsinhabers bis zur Höhe von 15.000 M. steuerfrei lassen und für die darüber hinausgehenden freien Schriftsteller Erleichterungen schaffen kann.

Der Hauptstreitpunkt aber ergibt sich, wie aus der gestrigen Generaldebatte deutlich hervorging, aus der Freistellung der Konsumvereine von der Gewerbesteuer, die im letzten Abgag des 4 vorgesehene ist, soweit der Geschäftsbetrieb nur auf den Kreis der Mitglieder beschränkt ist. Dafür wurde gefordert, daß diese Gewerkschaften keine Vorteile geltend gemacht, daß diese Gewerkschaften keine Vorteile machen, sondern alle Überschüsse wieder an die Mitglieder verteilen, somit als Erwerbsgesellschaften nicht in Betracht kommen. Wenn auch dieses Argument mehr für die Befreiung von der Einkommensteuer spricht, kann doch die Befreiung von der Einkommensteuer für die Gewerkschaften, die wenigstens zum Teil auch vom Ertrag ausgeben. Und die Tatsache, daß die Befreiung der Konsumvereine von der Reichseinkommensteuer noch nicht erreicht werden kann, kann gewiß nicht als Grund gegen die Befreiung von der Gewerbesteuer geltend gemacht werden.

Die bürgerlichen Vertreter aber schlugen alle diese Punkte in den Wind und wollten die Konsumvereine genau unter die Gewerbesteuerfahndung stellen wie die übrigen Betriebe. In diesem Widerstande haben sich deutschnationale, Volksparteier und Demokraten zusammen, während die sozialdemokratische Seite die Ablehnung der Steuer im Falle angeklagt wurde, daß die Konsumvereine davon befreit werden sollten. Es wird noch heftige Kämpfe über diese Frage geben. Eine Verhandlung scheint ausgeschlossen.

Angefochten wurde auch die Befreiung der Staats- und Gemeindebetriebe. Auch hier waren die bürgerlichen Vertreter gescheitert. Es wurden offenbar, daß durch die Steuerbefreiung der Konsumvereine ein Vorteil im Vergleich mit den Gemeindebetriebe einen Vorteil im Vergleich mit den

gewonnen. Aber es handelt sich hier erstens um ein bewährtes Prinzip und dann hat es keinen Sinn, die eigenen Betriebe zu befreien. Dadurch wird nur eine Menge Arbeit nutzlos getan. Dazu haben wir aber in einer Zeit, wo alles nach Vereinfachung ruft, wahrlich keine Veranlassung. Die geistigen Beratungen endeten schließlich mit der Entscheidung, die Vorlage dem Reichstagsausschuß zu überweisen, der damit ein hartes Stück Arbeit übernommen hat. Wie sich das Schicksal der Vorlage gestalten wird, läßt sich noch nicht sagen.

Das Miktrauensvotum der Deutschnationalen

Eigene Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung. Berlin, 3. Juni. Die Reichstagskammer, die um 1 1/2 Uhr eröffnet wurde, begann mit einigen geschäftsmäßigen Mitteilungen des Reichstags. Die Deutschnationalen haben den Antrag gestellt, der Regierung das Miktrauensvotum zu erteilen. Der Reichstagsausschuß hat den Antrag abgelehnt. Die Deutschnationalen sind nunmehr gezwungen, ein Miktrauensvotum in aller Form. Von den Sozialdemokraten ist der Antrag auf Nachprüfung der Sondergerichtsbarkeit eingegangen. Der Reichstagsausschuß hat diesen Antrag abgelehnt. Die Deutschnationalen sind nunmehr gezwungen, ein Miktrauensvotum in aller Form.

Korrektur der Sondergerichtsurteile

Berlin, 3. Juni. Die sozialistische Reichstagsfraktion hat beschlossen, am heutigen Freitag den Antrag zu stellen, der Reichstag wolle beschließen, den Sondergerichten zu erlauben, die Urteile der Sondergerichte unter dem Gesichtspunkt möglichst weitgehender Be-

Die Alideutschen gehen um

Der Alideutsche Verband, von dem man in der letzten Zeit verhältnismäßig wenig gehört hat, hat offenbar das Bedürfnis, seine Reihen zu häuten und seine Kräfte zu stärken. So sucht er jetzt auch in Dresden Mitglieder zu gewinnen. In großer Anzahl wird hier ein Flugblatt verbreitet, das in großer Anzahl verbreitet wird. Die Alideutschen von den geübten Einstellungen nimmt. Die Alideutschen von den geübten Einstellungen nimmt. Die Alideutschen von den geübten Einstellungen nimmt.

Zunächst wird es so dargestellt, als ob Deutschland bestreben in den Weltkrieg hineingezogen sei, weil die Regierung die Warnungen der Alideutschen nicht beachtet und ihre Anstrengungen der Verhandlungspolitik gebaut habe. In Wirklichkeit tragen die Alideutschen selbst einen großen Teil der Schuld an der künftigen deutschen Auslandspolitik vor dem Kriege. Deutschland hat die sogenannte „Einkreisung“ dem Kaiser zu verdanken, daß es politische Ziele verfolgte, die es gleichzeitig in einem Geheiß mit England und mit Rußland bringen mußten. Auf- land wurde dadurch vor den Kopf gestoßen, daß Deutschland seine Hand über die zum Zerfall verurteilten Türkei hielt und seine Hand über die zum Zerfall verurteilten Türkei hielt und seine Hand über die zum Zerfall verurteilten Türkei hielt.

Die Warnschlacht soll deshalb verloren worden sein, weil Deutschland drei Armeekorps fehlten, die man gehabt hätte, wenn Regierung und Reichstagsmehrheit den Wünschen der Alideutschen geistig wären. Man braucht aber nur die zahlreichen Auslassungen militärischer Sachverständiger über die Warnschlacht zu lesen. Dort herrscht nahezu Übereinstimmung darüber, daß die Warnschlacht verloren ging, weil die deutsche Führung versagte, weil insbesondere der damalige Chef des Generalstabes, Graf Moltke, ein trauriger Mann, den Aufgaben der Führung nicht gewachsen war. Für den Verlust der Warnschlacht hat sich das deutsche Volk vor allem bei Wilhelm II. zu bedanken, der den so wichtigen Posten eines Generalstabschefs mit einer unzureichenden Kraft besetzte, wohlwollend, weil er sich in seinem Größenwahn einbildete, daß er im Ernstfalle die Sache selbst machen könne.

Ein starkes Stück ist es, wenn die Alideutschen von ihren „gemäßigten Allieszielen“ sprechen. Alideutschen sich denn die Herren vom alideutschen Verband ein, das deutsche Volk könnte schon sehr vergessen haben, welche unheimlichen Eroberungsziele die Alideutschen ausstellten? Das ist nicht nur große Geistes- und nichtige Telle Frankreichs Herrschaft über Italien und wichtige Teile Frankreichs. In dem Flugblatt wird behauptet, der Sieg würde das deutsche Volk selbsterlösen, weil ein Klare und festes Alliesziel gefehlt und deswegen auch die Hände der deutschen Entschlossenheit mißtrauen hätten. Gerade aber der alideutsche Eroberungswahn hat die Seiner zum

gnadigung zu prüfen und dem Reichspräsidenten die Mitläufer der Aufbruchbewegung in weitestgehendem Umfange zur Begnadigung zu empfehlen.

Die Entwaffnung Deutschlands

Eigene Drahtmeldung. (Sens.) London, 3. Juni. Der deutsche Botschafter Dr. Reiser wurde vom Ministerpräsidenten Briand zu einer Besprechung über die Entwaffnung Deutschlands empfangen. Dr. Reiser berichtete, daß das Reich keinerlei Vorbereitungen machen und daß Berlin die gegebenen Versicherungen in der Ausführung der Einwohnervorteile in Genuß und Chöreiken auch halten werde. Man verlange nur Geduld und Rücksicht. Briand erwiderte, die französische Regierung erwarte die Ausführung der von Deutschland übernommenen Verpflichtungen und könne Anregungen und Bemerkungen Deutschlands in der Entwaffnungsfrage nicht in Betracht ziehen.

Die Lieferung der Holzhäuser an Frankreich

Paris, 2. Juni. Die Verhandlungen über die Lieferung von Holzhäusern an Frankreich haben in den letzten Tagen einen guten Verlauf genommen. In eingehenden Verhandlungen wurden zunächst die Konstruktion und die Grundrisse erörtert. Neben der reinen Bauweise soll auch die gemischte Bauweise, bei der Holzgerüste, Betonplatten usw. Verwendung finden, für die drei Häusergruppen beabsichtigt sein. Bei beiden Bauweisen ist Vorsorge getroffen, daß die weitesten Kreise zur Lieferung herangezogen werden müssen. Da diese Bauweisen für die Bevölkerung in den zerstörten Gebieten eine Neuerung bedeuten, wünscht die französische Regierung zunächst eine größere Vorlieferung, die es ihr ermöglichen soll, diese Bauweisen bei der Bevölkerung einzuführen.

äußersten Widerstand gegen Deutschland aufzuweisen, und durch die Aufstellung der alideutschen Kriegsziele wurden in Deutschland heftige politische Kämpfe hervorgerufen, weil ein großer Teil ihres Volkes zwar kein Feind der Alideutschen, aber nicht für den alideutschen Völkervertrag seine Haut zu Marke tragen wollte.

Der Alideutsche Verband tut sich viel anstrengt, daß er „reinstellt“ den uneingeschränkten U-Bootskrieg gefordert habe. In Wirklichkeit liegen die Dinge so, daß dem Deutschen Reich auch, als der U-Bootskrieg schließlich proklamiert wurde, gar nicht genügend U-Boote zur Verfügung standen, um den U-Bootskrieg mit dem nötigen Nachdruck zu führen. Wäre der U-Bootskrieg früher begonnen worden, so hätte das nur den Erfolg gehabt, daß Amerika noch zeitiger in den Krieg eingestiegen hätte. Der Beweis dafür, daß auch ohne den U-Bootskrieg Amerika den Krieg unter allen Umständen erklärt hätte, wird der Alideutsche Verband kaum erbringen können. Allerdings, wenn wir versucht hätten, die alideutschen Kriegsziele zu verwirklichen, so hätte sich das wahrscheinlich Amerika nicht gefallen lassen.

Regierung und Reichstagsmehrheit sollen den Ver- richtungswillen der Gegner nicht erkannt und sich deswegen in Friedensangeboten und Friedensentwürfen überboten haben. Die Anhänger des Verhandlungspolit- tischen hatten im Gegenteil zu den verübten Alideutschen, rechtzeitig eingeleitet, daß Deutschland gegen die Übermacht seiner Feinde einen entscheidenden Sieg nur nicht erringen konnte und deswegen forderten sie eine Verhandlung mit dem Feind, solange Deutschland militärisch noch stark war und die Gegner bei einer Fortsetzung des Krieges noch etwas zu verlieren hätten. Durch die wüste Rede der Alideutschen und der ihnen nachfolgenden Presse ist verhindert worden, daß man rechtzeitig den Weg zu einem Verhandlungsfrieden gegangen ist. Die Folge war, daß Deutschland erst Frieden suchte, als es militärisch völlig niedergebrosen war und sich deshalb dem Diktat seiner Gegner fügen mußte.

Es ist ferner eine große Verleumdung der Wahrheit, wenn es in dem Flugblatt des Alideutschen Verbandes so dargestellt wird, als ob Deutschland im Vertrauen auf die 14 Punkte Wilsons Frieden geschlossen hätte. Deutschland mußte im Herbst 1918 Frieden schließen, ob es wollte oder nicht, weil es militärisch am Ende seiner Kraft war. Das Flugblatt unterschlägt die Tatsache, daß kein anderer als der Halbgoth der Alideutschen, Ludendorff, im Herbst 1918 verlangte, daß schleunigst der Frieden herbeigeführt werde, weil er mit seinem Votum fertig war.

Eine alideutsche Lüge ist es auch, wenn behauptet wird, die Revolutionäre hätten die den Verfall der Kriegsverträge unterzeichnet in der leidenschaftlichen Hoffnung auf milde Auslegung durch die Feinde. Daran ist kein Wort wahr. Die Revolution hat im Jahre 1919 den Frieden unterzeichnet, weil der Reichstagspräsident der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands drohte, neues inermessliches Geld über das deutsche Volk zu kommen wäre, weil wir wahrscheinlich die Verleumdungen der Unterwelt mit dem Imperium von vielen tausend unsterblichen Volksgenossen bezahlt hätten. Aber was haben sich die Herren Alideutschen darum, ob ein paar tausend mehr oder weniger an den Folgen ihres gemeinverleumdungen Verbrechens zugrunde gehen?

Es gibt niemand in Deutschland, der sich an die